

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

239. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 21. Juni 2017

Inhalt:

Änderung der Tagesordnung	24387 A	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24391 A
Ausschussüberweisungen	24387 B	Dr. Dorothee Schlegel (SPD)	24391 B
Tagesordnungspunkt 1:		Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24391 B
Befragung der Bundesregierung: Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten der Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht „Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten“; weitere Fragen.	24387 C	Birgit Kömpel (SPD)	24391 C
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24387 D	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24391 D
Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).	24388 D	Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).	24392 A
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24388 D	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24392 A
Pia Zimmermann (DIE LINKE)	24389 B	Pia Zimmermann (DIE LINKE)	24392 B
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24389 C	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24392 B
Petra Crone (SPD).	24389 C	Katja Dörner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).	24392 C
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24389 D	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24392 C
Katja Dörner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).	24390 A	Cornelia Möhring (DIE LINKE)	24392 D
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24390 A	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24393 A
Cornelia Möhring (DIE LINKE)	24390 B	Harald Petzold (Havelland) (DIE LINKE)	24393 A
Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24390 C	Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24393 B
Dr. Daniela De Ridder (SPD)	24390 D	Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).	24393 C
		Dr. Katarina Barley, Bundesministerin BMFSFJ	24393 D
		Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär BMI.	24393 D

Britta Habelmann

- (A) diesen Bericht an die Ausschüsse zu überweisen. Gestern haben mir die beiden Koalitionsfraktionen noch gesagt, der Bericht solle zur Kenntnis genommen werden, und das soll es dann gewesen sein, also nur Unterrichtung. Wir hatten eine Überweisung an die Ausschüsse geplant, weil sich aus diesem Bericht sehr viel ergibt. Dass Sie jetzt auf unseren entsprechenden Antrag rekurren, kann ich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht verstehen. Ich habe heute um 11 Uhr von den Koalitionsfraktionen eine Mail bekommen, in der steht, dass Sie jetzt bereit sind, den ganzen Bericht und den Antrag an die Ausschüsse zu überweisen. Hören Sie also bitte damit auf.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Wo ist nun das Problem?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 18/11970 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offenkundig der Fall. Dann ist diese Überweisung einmütig so beschlossen.

Beim Zusatzpunkt 1 geht es um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 18/12784 mit dem Titel „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“. Hierzu wünscht die antragstellende Fraktion Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD wünschen Überweisung, und zwar an dieselben Ausschüsse wie soeben beim Bericht auf der Drucksache 18/11970.

- (B) Nach unserer ständigen Übung stimmen wir zunächst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die beantragte Überweisung mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe jetzt unseren Zusatzpunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

Kindern das Schwimmenlernen ermöglichen – Auswirkungen von Privatisierungen und Schwimmbadschließungen

Das Kommando für das Abwickeln dieser Aktuellen Stunde wird die Kollegin Pau jetzt übernehmen. Ich wünsche uns viel Erfolg bei den Beratungen dieses bedeutenden Punktes.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist wichtig!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich bitte, die notwendigen Umgruppierungen und Gespräche zügig zu veranlassen bzw. zu beenden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Jan Korte für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan Korte (DIE LINKE):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige fragen sich vielleicht: Warum muss der Bundestag über das Schwimmenlernen von Kindern diskutieren? Die Frage, ob die CDU sich dies fragt, ist von mir natürlich rhetorisch gemeint. Es zeigt das ganze Elend Ihrer Politik, dass Sie mit dem Alltag der Leute gar nichts mehr zu tun haben.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Jetzt sind Sie im seichten Wasser! Im trüben, seichten Wasser! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Recht hast du! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Deswegen haben wir das Thema hier aufgesetzt.

Es gibt einige Punkte, die ich hier einfach einmal vortragen möchte, weil Sie diese offenbar nicht für wichtig erachten: 2016 sind 537 Menschen in Deutschland ertrunken. Es gibt eine Untersuchung von der DLRG, die erstens aufzeigt, dass fast 60 Prozent der Zehnjährigen Nichtschwimmer sind. Das sind Schüler, die in der vierten Klasse sind. Zweitens. Heute 60-Jährige haben in einer Befragung angegeben, dass sie zu fast 60 Prozent das Schwimmen in der Schule gelernt haben. Heute sind dies nur noch 36 Prozent. Und drittens haben 25 Prozent der Grundschulen – dort sollte das Schwimmen gelernt werden – gar keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad. All das ist Ergebnis einer falschen Politik. Ich finde, deswegen gehört dieses Thema in den Bundestag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Das zeigt drei Dinge: Erstens. Auch die Frage, ob man schwimmen lernen kann oder nicht, ist eine soziale Frage. Es gab eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburger Bürgerschaft, und in der Antwort kam, was die Schwimmfähigkeit angeht, Folgendes heraus: In den Schulen, in denen vor allem Kinder aus einkommensschwachen und armen Familien sind, können 80 Prozent der Kinder fast gar nicht schwimmen, und 42 Prozent können überhaupt nicht schwimmen. In derselben Stadt, in den edlen Stadtteilen, in denen die Reichen wohnen, in denen die wohnen, denen es gut geht, die auf der Sonnenseite sind, ist es fast genau umgekehrt. In den Schulen in den besten Stadtteilen können lediglich 18 Prozent der Schüler nicht gut schwimmen, und nur 3 Prozent der Schüler können überhaupt nicht schwimmen.

Daher sage ich: Das ist doch wohl ein Thema für den Bundestag; denn es kann doch nicht sein, dass im Notfall nur diejenigen schwimmen können, die aus sozial gesicherten Verhältnissen kommen. Das sind doch kaputte Zustände, und darüber muss der Bundestag doch einmal diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein zweiter Punkt, der die Wichtigkeit dieses Themas exemplarisch jenseits von Statistiken und vielem anderen verdeutlicht: Seit 1990 wurden in der Bundesrepublik 1 600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 2016 waren es

Jan Korte

- (A) 100 Bäder. Das hat natürlich etwas mit Politik zu tun. Das ist Staatsversagen auf höchstem Niveau und hat seine Ursache in der katastrophalen finanziellen Lage vieler Kommunen. Um auch das zu sagen: Das ist der Wahn der Privatisierung, den die Menschen jeden Tag konkret erleben können. Das sind die Folgen des Verscherbelns von öffentlichem Eigentum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Dritten will ich deutlich sagen: Nach unserer Auffassung gehören Schwimmbäder wie Bibliotheken und Museen zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kindes muss sie besuchen können, egal wie viel Schotter die Eltern haben. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber das gibt es nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage – deswegen gehört dieses Thema in den Bundestag –: Wir brauchen, analog zu den 60er-Jahren, einen sogenannten Goldenen Plan, der möglich macht, dass es in jeder Kommune ein öffentliches Schwimmbad gibt, in dem die Kinder schwimmen lernen können und in dem diejenigen ihren Urlaub verbringen können, die es sich nicht leisten können, an die Strände des Mittelmeeres oder sonst wohin zu fahren.

(Beifall bei der LINKEN – Mahmut Özdemir [Duisburg] [SPD]: Wir haben ein Investitionsprogramm für die Kommunen gemacht!)

- (B) Es ist ja wohl das Mindeste, dass man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Ich will ganz grundsätzlich sagen, was man an diesem Thema wunderbar zeigen kann: Immer wenn sich der Staat zurückzieht – die Menschen erleben den Staat logischerweise in der Kommune; wo denn sonst? –, sind diejenigen fein raus, denen es gut geht und die ordentlich Kohle haben. Wer einen Privatlehrer hat, kann Unterrichtsausfall natürlich wunderbar kompensieren. Wer viel Geld hat und viele Bücher kaufen kann, der braucht natürlich auch keine öffentliche Bibliothek.

(Zuruf von der SPD: Eltern kriegen das auch kostenlos!)

Wer sich mit seiner Familie einen Safariurlaub im Kruger-Nationalpark leisten kann, der braucht natürlich keine Zoos und keine Tierparks.

(Barbara Woltmann [CDU/CSU]: Und was hat das jetzt mit dem Schwimmen zu tun? – Lachen des Abg. Dr. Frank Steffel [CDU/CSU])

Wer ein ganz schickes Haus am See mit eigenem Steg hat,

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Oh ja!)

der braucht natürlich, Herr Steffel, kein öffentliches Schwimmbad. Dass Sie das nicht sehen und darüber lachen, zeigt wirklich den katastrophalen Zustand Ihrer Truppenteile, um das klar zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Ich finde, es ist an der Zeit, dass wir mit dieser Politik umkehren. Es ist Zeit, endlich etwas für die vielen zu tun und nicht nur für die wenigen, für die Sie hier sitzen.

Was tun? Wir brauchen Investitionsprogramme; da ist der Bund gefragt. Man kann eine Vermögensteuer wieder einführen. Die Einnahmen kämen den Ländern und Kommunen zugute. Dazu muss man nur mutig sein und es wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch sagen: Manchmal kann Politik sehr einfach und klar sein; dann liegen die Entscheidungen klar auf der Hand. Ich finde, wir brauchen nicht, wie Sie es wollen und wie Sie es Ihrem Kumpel Trump unterschrieben haben,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Eckhard Pols [CDU/CSU]: Na, na, na!)

60 Milliarden Euro für Aufrüstung. Wir brauchen diese Kohle für eine vernünftige Infrastruktur, für Schwimmbäder, Museen und Straßen. Dafür brauchen wir das Geld, aber nicht für schwachsinnige Rüstung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Man kann das wie folgt zusammenfassen: Was wir nicht brauchen, sind irgendwelche modernisierten Fregatten, die in Krisengebieten herumschwimmen. Was wir brauchen, sind Kinder, die schwimmen können, die Freude am Schwimmen haben und nicht aufgrund ihrer sozialen Herkunft ertrinken. Das ist doch etwas, das sehr konkret ist und das man entscheiden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss. Ich will mich ganz besonders bei den vielen Lebensrettern, die das übrigens alle ehrenamtlich machen, bedanken, namentlich bei der DLRG und bei der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Wir als Politik müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diese Organisationen weniger zu tun haben. Das ist doch wohl elementar. Insbesondere Ihnen, die Sie so viel von Sicherheit schwatzen, sage ich:

(Barbara Woltmann [CDU/CSU]: Wir schwatzen nicht, wir reden!)

Hier geht es wirklich konkret um Sicherheit. Es geht nämlich darum, dass Kinder nicht ertrinken. Das hat etwas mit wirklicher Sicherheit zu tun.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege?

Jan Korte (DIE LINKE):

Dazu könnte man jetzt noch sehr viel sagen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich ahnte es.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(A) **Jan Korte (DIE LINKE):**

Es macht einen wirklich fassungslos, dass Sie vom wirklichen Leben leider nichts mitbekommen und bei einem solchen Thema Ihre Späße machen.

(Lachen des Abg. Dr. Frank Steffel [CDU/CSU] – Eckhard Pols [CDU/CSU]: Jetzt reicht es aber!)

Ich finde, es ist das Mindeste, dass der Staat für eine Infrastruktur sorgt, die gewährleistet, dass Kinder schwimmen lernen können, wie es früher selbstverständlich war.

(Beifall der Abg. Sevim Dağdelen [DIE LINKE] – Eckhard Pols [CDU/CSU]: Frau Präsidentin, jetzt reicht es aber wirklich!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege Korte, bitte kommen Sie zum Schluss.

Jan Korte (DIE LINKE):

Das ist aber nicht mehr selbstverständlich, und das ist das Resultat Ihrer Politik.

(Beifall der Abg. Sevim Dağdelen [DIE LINKE])

Dafür sind Sie konkret mitverantwortlich, und zwar durch Merkels und Schäubles Rotstiftpolitik. So sieht es aus.

(Beifall bei der LINKEN – Eckhard Pols [CDU/CSU]: Das ist echt peinlich!)

(B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Barbara Woltmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Barbara Woltmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Korte

(Jan Korte [DIE LINKE]: Frau Woltmann!)

– ja –, um es einmal ganz klar zu sagen: Ihr Auftritt eben wird diesem Thema gar nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Finden Sie? Wir haben es überhaupt erst auf die Tagesordnung gesetzt!)

Zu sagen, uns sei nicht wichtig, dass jedes Kind schwimmen lernt, ist abstrus.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Die Zahlen sind eindeutig!)

Mit den ganzen Thesen, die Sie hier vorgetragen haben, werden Sie diesem Thema absolut nicht gerecht, ganz im Gegenteil. Ich finde, die DLRG hat eine gute Studie durchgeführt,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Ja!)

und natürlich ist dieses Thema wichtig. Dass es in den Bundestag gehört, wage ich aber zu bezweifeln. (C)

(Jan Korte [DIE LINKE]: Ach so?)

Das ist zuerst ein Thema der Kommunen, deshalb müssen wir uns darüber unterhalten, wie die Kommunen ausgestattet sind. Daneben müssen wir uns auch über die Bundesländer unterhalten und uns fragen, ob die Bundesländer ihre Kommunen auch ausreichend mit Finanzmitteln ausstatten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir können ruhig einmal die Bundesländer miteinander vergleichen. Dann werden wir sehen, wer am meisten für die Kommunen tut.

(Stephan Mayer [Altötting] [CDU/CSU]: Da gibt es große Unterschiede!)

Ich glaube, einige Bundesländer kommen dabei nicht so gut weg. Das können wir ruhig noch einmal vertiefen.

Ich glaube, es hat bisher kaum eine Bundesregierung gegeben – ich komme gleich noch einmal darauf zurück –, die so viele Milliarden an die Kommunen weitergegeben hat wie die jetzige. Die Länder geben aber leider nicht alles weiter; das müssen wir auch einmal dazusagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um das hier wirklich einmal ausdrücklich zu sagen: Das Thema ist außerordentlich wichtig und muss auch diskutiert werden. Ob hier heute nach der Debatte über den Antisemitismusbericht der richtige Ort und die richtige Zeit ist, wage ich aber doch einmal zu bezweifeln. (D)

(Stephan Mayer [Altötting] [CDU/CSU]: Sehr richtig! – Jan Korte [DIE LINKE]: Was ist das denn? – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Das ist doch Zufall!)

Ich komme jetzt zu den Einzelheiten. „Schwimmunterricht geht baden“: So lautet heute eine Überschrift in meiner Tageszeitung zu Hause. In dem Artikel wird über eine Grundschule in einer Gemeinde in meinem Wahlkreis berichtet. Dort gibt es kein Hallenbad, sondern nur ein Freibad, und auch die Nachbargemeinden können nicht genügend Schwimmzeiten zur Verfügung stellen.

In dem Artikel heißt es, dass im Sommer nicht immer in dem Freibad geschwommen werden kann. Es sei zu kalt für die Kinder, weil die Außentemperatur nicht reichen würde. Man muss sich also auch noch einmal Gedanken darüber machen, ob ein Grund für die aktuelle Situation die Tatsache ist, dass bei uns nicht immer eine Außentemperatur von 25 Grad herrscht. Das muss man hier also auch noch einmal debattieren.

Die Zahlen aus dem Bericht der DLRG – er liegt auch bei mir auf dem Platz, und ich habe ihn mir angeschaut – sind von Herrn Korte richtig wiedergegeben worden. Sie sind erschreckend. Es gab im letzten Jahr 537 Todesfälle durch Ertrinken. Das ist der höchste Wert seit zehn Jahren. Deswegen ist es auch so wichtig, dass alle schwimmen lernen. Am besten fängt man damit natürlich im

Barbara Woltmann

- (A) Kindesalter an, und es ist außerordentlich wichtig, dass für Schwimmunterricht, insbesondere an Grundschulen gesorgt ist.

Vor kurzem ist ein 15-jähriges Mädchen ertrunken, weil es gemeinsam mit Freundinnen ins Wasser gesprungen ist. Es hatte sich nicht getraut, zu sagen, dass es nicht schwimmen kann. Das gilt also als Makel, und auch das darf nicht sein. Die Scham, zuzugeben, Nichtschwimmer zu sein, ist sehr groß.

Über 10 Prozent der Deutschen stufen sich selber als schlechte Schwimmer sein. Hier muss also noch sehr viel mehr getan werden.

Ich will auch noch einmal zu der kommunalen Ebene kommen; denn viele Gemeinden haben durchaus ein großes strukturelles Problem und müssen natürlich mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Aber wie gesagt: Das müssen in erster Linie die Länder machen.

Ich glaube, dass wir mit der in der letzten Sitzungswoche beschlossenen Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sehr viel mehr für die Kommunen über die Länder tun können. Wir haben zum Beispiel das Kooperationsverbot gelockert, sodass jetzt auch die Schulen – dazu gehören oft ja auch Schulschwimmbäder – saniert werden können.

Nicht alle Kommunen können das von sich aus leisten. Die Situation ist in den einzelnen Regionen in Deutschland sehr unterschiedlich. Teilweise haben die Kommunen große Schwierigkeiten. Deshalb müssen wir dort sehr viel mehr tun; das wurde bereits angesprochen. Es stellt sich aber immer die Frage: Wer muss da etwas tun?

- (B) Diese Aufgabe gehört zu den freiwilligen Aufgaben der Gemeinden. Das ist also eine freiwillige Leistung im eigenen Wirkungskreis.

Den Kommunen wird oft gesagt, dass sie die freiwilligen Leistungen einschränken müssen. Das ist natürlich schwierig, wenn es um solche Aufgaben geht. Ich halte es für den falschen Weg, wenn Kommunen ihre Schwimmbäder schließen, weil sie sie nicht mehr finanzieren können. Ich denke, das Schwimmenlernen ist eine wichtige Aufgabe – auch für die Volksgesundheit –, damit man in Zukunft nicht mehr eine solch hohe Anzahl von Todesfällen zu beklagen hat.

Das alles ist sehr teuer. Ich habe in meiner Gemeinde nachgefragt. Die Betriebskosten für das Frei- und das Hallenbad betragen rund eine halbe Million Euro im Jahr. Das kann natürlich in keiner Weise durch Eintrittsgelder aufgefangen werden. Der Gemeinderat muss immer bereit sein, die notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Darüber werden immer schwierige Debatten geführt. Natürlich ist auch die Privatisierung keine Lösung. Wie soll denn ein Privater, wenn schon die Kommunen ein Schwimmbad nicht finanzieren können, das machen? Es gibt eine Handvoll Bäder in Deutschland, die in den schwarzen Zahlen sind. Das sind sehr wenige.

Da ist also sehr viel zu tun. Ich möchte an alle appellieren, die Bäder zu erhalten, damit vor allen Dingen die Kinder das Schwimmen lernen können.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Kollegin.

(C)

Barbara Woltmann (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss. Ich werde jetzt den letzten Satz oder die letzten zwei Sätze sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, ich möchte aber auch an die Eltern appellieren: Es ist nicht nur die öffentliche Hand, die handeln muss. Auch die Eltern sind gefordert, ihren Kindern das Schwimmen beizubringen, wenn die Schule das vielleicht nicht ausreichend machen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gilt für alle Menschen bei uns, auch für die mit Migrationshintergrund. Es kann nicht angehen, dass Mädchen, deren Familien aus anderen Kulturkreisen kommen, nicht zum Schwimmunterricht gehen können. Das darf nicht sein. Alle müssen schwimmen lernen: auch die Menschen aus anderen Kulturkreisen und vor allen Dingen die Mädchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Özcan Mutlu für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 91! Ich beginne meine Rede mit der traurigen Zahl 91. Im vergangenen Jahr sind nämlich in unserem reichen Land 91 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 20 Jahren ertrunken. Ich finde, jedes einzelne Kind ist eines zu viel gewesen.

(D)

Sie ertranken unter anderem auch deshalb, weil sie nicht bzw. nicht gut genug schwimmen konnten. Das sind 75 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor und zweieinhalb Mal mehr als 2014. Kollege Korte hat es gesagt: 2016 ertranken einschließlich dieser 91 Kinder und Jugendlichen insgesamt 537 Menschen in Deutschland. Das ist seit zehn Jahren ein Höchststand. Ich finde, das ist beschämend für unser Land. Da müssen wir sehr wohl etwas tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der Deutsche Schwimm-Verband und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft sind sich einig: Immer weniger Kinder in unserem Land lernen schwimmen. Mindestens jeder zweite Grundschüler bzw. jede zweite Grundschülerin in Deutschland kann nicht richtig schwimmen, so auch die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Das sind alarmierende Zahlen und alarmierende Entwicklungen, die wir nicht länger hinnehmen dürfen.

Was sind die Gründe dafür? Immer mehr Schwimmbäder schließen, weil sich klamme Kommunen diese nicht mehr leisten können. Immer mehr Schwimmun-

Özcan Mutlu

- (A) terricht in den Schulen fällt aus, weil es nicht genügend Lehrkräfte gibt. Hinzu kommt: Die Hälfte der Bäder in unserem Land ist inzwischen halb verfallen. Last, but not least: Immer mehr Schwimmhallen werden privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Somit haben Schulen sowie Schwimm- und Rettungsvereine immer größere Schwierigkeiten, für den Schwimmunterricht überhaupt Wasserzeiten zu bekommen.

In ländlichen Regionen führt das sogar zu noch größeren Problemen. Die nächste Schwimmhalle ist so weit weg, dass die Sportstunde vorbei ist, wenn die Schülerinnen und Schüler dort ankommen. Die Folge davon: Jede vierte Schule hat keinen Zugang zu einem Schwimmbad. Damit können etliche Schulen in unserem Land ihrem gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag, nämlich Schwimmunterricht zu geben, nicht nachkommen. Der Platz zum Schwimmenlernen verschwindet, während die Eintrittspreise steigen und die Anfahrtswege immer länger werden. Lehrerinnen und Lehrer, die das Glück haben, doch eine Wasserzeit in einem nahe gelegenen Schwimmbad zu ergattern, müssen zumindest in Grundschulen den Sportunterricht oft – leider zu oft – fachfremd halten.

Angesichts dieser Bilanz sollte sich so manche Partei in diesem Haus sehr gut überlegen, ob und wo sie weiterhin Steuergeschenke verteilen will. Stecken Sie einen Teil der Steuerüberschüsse lieber in die Schwimmbäder! Unterstützen Sie die Kommunen, damit unsere Kinder im Jahre 2017 nicht mehr ertrinken und niemand beschämt wird, weil er oder sie nicht schwimmen kann!

- (B) Für uns Grüne ist klar: Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung zur Erteilung von Schwimmunterricht. Ja, und wir brauchen auch endlich mehr Geld für Sportstätten, besonders für den Schulsport, aber auch für öffentliche Bäder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Wir haben in der vergangenen Sitzungswoche eine weitreichende Grundgesetzänderung vorgenommen und greifen damit auch den Kommunen unter die Arme, indem wir ihnen auch für die Bildungsinfrastruktur Mittel bereitstellen wollen. Auch hier sagen wir: Schwimmunterricht ist Teil der Bildung, und deshalb muss auch an dieser Stelle in der Bildungsinfrastruktur mehr getan werden. Das ist überfällig.

Wir haben heute parallel dazu auch im Sportausschuss diese Debatte geführt. 4,5 Milliarden Euro sind nötig, um unsere Schulen in den Kommunen mit besseren Schwimmhallen für den Schwimmsport auszustatten. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch etwas für die Umwelt tun, indem wir die Schwimmhallen energetisieren.

Hier ist aber nicht nur der Bund zuständig, sondern hier sind, wie bereits gesagt, auch die Länder und Kommunen in der Pflicht. Nur wenn diese Ebenen zusammenarbeiten, kann der Teufelskreis durchbrochen werden. Der Gesundheitsminister – er ist heute nicht anwesend – hat neulich in der Presse verkündet, dass verstärkte Anstrengungen für den Schwimmunterricht notwendig sind.

Dazu sage ich: Was nützt, Herr Gröhe, sind nicht Worte, sondern Taten. (C)

Deshalb richten wir noch einmal unseren Appell an Sie alle, aber auch an die Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen dieses Dilemma anzugehen, damit im reichen Deutschland niemand sterben muss, weil er oder sie nicht schwimmen kann.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Özdemir für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Fraktion Die Linke durchaus dankbar, dass wir angesichts sommerlicher Temperaturen über das Thema „Schwimmbäder und Schwimmenlernen“ debattieren. Diese Debatte und unsere darauffolgenden gemeinsamen Bemühungen können nämlich dazu führen, dass wir in der nächsten Jahresbilanz der DLRG deutlich weniger als die uns bekannten 537 ertrunkenen Menschen zu beklagen haben.

Der Gang zum städtischen Hallenbad, Freibad oder zum Badensee ist schon lange nicht mehr die Regel, teilweise schlicht deshalb, weil die Einrichtungen wegen Schließung oder Bauauffälligkeit nicht mehr zur Verfügung stehen, aber auch weil der sichere Aufenthalt im Wasser weder gelehrt worden ist noch erlernt werden konnte. Das mag viele Ursachen haben. Vielleicht liegt es daran, dass die Familie den Schwimmkurs im Verein nicht aus eigenen Mitteln schultern kann, sicherlich aber, weil ein Viertel unserer Grundschulen in Deutschland eben keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad in der Nähe hat. (D)

Jetzt mag man lange über Zuständigkeiten – Bund, Länder, Kommunen – oder über Verbotsschilder an Baggerseen diskutieren, Fakt ist: Wir können handeln, und wir haben auch gehandelt.

Ich kann mich daran erinnern, dass in meiner Heimatstadt bis vor kurzem regelmäßig sogenannte Tränenlisten im Umlauf waren. Das ist eine bildliche Umschreibung für städtischen Luxus, den man nicht braucht. Hier mache ich besser die Ironie vorher kenntlich. Fast alle städtischen Badegesellschaften und Badeanstalten waren nämlich Stammgäste auf dieser Liste. Erst als in meiner Heimatstadt, im Landtag in Nordrhein-Westfalen und im Bundestag die Sozialdemokratie Verantwortung übernahm, verschwanden diese Punkte von der Tränenliste in Duisburg und in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja peinlich! Wahlkampfpropaganda!)

Mahmut Özdemir (Duisburg)

- (A) Daher möchte ich Ihnen darlegen, warum ich meine, dass wir den richtigen Weg gegangen sind, und Sie herzlich einladen, diesen Weg auch fortzusetzen.

Der Begriff „kommunale Entlastungen“ ist in dieser Wahlperiode zu oft gefallen. Das Wesen dieses Begriffes müssen wir allerdings zu dauerhafter und planbarer finanzieller Unterstützung unserer Kommunen weiterentwickeln. Wir müssen den Kommunen den notwendigen Spielraum eröffnen, damit sie sich um Bildung, Kultur und Sport kümmern können. Mit schrittweisen Entlastungen bei Sozialausgaben haben wir dauerhafte Entlastungen von 5 Milliarden Euro bis und ab 2018 bereits erreicht.

Wir haben ein Investitionsprogramm für die Kommunen aufgelegt, die durch Bundesgesetze fast in den Ruin getrieben worden sind. Diese Kommunen konnten wegen fehlender Eigenmittel nicht einmal mehr an Bundesförderprogrammen teilnehmen. Die Bauministerin hat es mit der Städtebauförderung und der energetischen Sanierung besser gemacht; ich frage mich, wo der Kollege Mutlu eigentlich gewesen sein mag.

Bäder werden nämlich auch aus diesen Mitteln auf den Stand der Technik gebracht und so energetisch saniert, dass die Betriebskosten zukünftig gesenkt werden, was den städtischen Haushalt entlastet. Das Schulsanierungsprogramm des Bundes nimmt im Übrigen den Druck von den städtischen Haushalten, sodass auch Geld für den Schulbus da ist, damit der unsere Kleinsten zum Schwimmbad, ob nah, ob fern, fahren kann.

- (B) Aber neben den Kommunen stellen sich auch die Vereine aus dem Schwimmsport mit ihren Ehrenamtlichen ihrer Verantwortung und betreiben mit nicht unerheblichen städtischen Betriebskostenzuschüssen diese Einrichtungen. Nur so wird neben dem Schwimmenlernen auch der wichtige Bereich von gesundheitsfördernden Kursen für unsere Seniorinnen und Senioren abgedeckt. Diese Maßnahmen wirken.

Der Investitionsstau in den Städten und Gemeinden sank in dem Jahr von 2016 auf 2017 um 10 Milliarden Euro. Oder so formuliert, dass man es auch auf der Straße versteht: Durch die Übernahme von Kosten durch den Bund sollen die Kommunen das freiwerdende Geld unter anderem in den schulischen Schwimmunterricht investieren. Sie sollen die Badelandschaft so ansprechend gestalten, dass die Freibadgrünfläche, der Eiswagen und die Pommestube die Jugendlichen von Seen abhalten, in denen Baden verboten ist. Sie sollen mit Vereinen spezielle Angebote, Zeiten und Tarife für Familien und Senioren machen.

Das Schwimmbad ist keine Liebhaberei, weil es Verluste einfährt und sich durch Einnahmeentgelte nicht rechnet. Es ist aus meiner persönlichen Sicht eine kommunale Pflichtaufgabe, die wir steuerlich als Zuschussbetrieb über das Körperschaftsteuergesetz privilegieren, um allen Bürgerinnen und Bürgern Schwimmerlebnisse zu ermöglichen und, ja, Herr Kollege Korte, vielleicht denjenigen am meisten, die es sich eben nicht leisten können, in ein privates Spaßbad mit allen Schikanen zu gehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine Bundespolitik, die in die Kommunen investiert und sie nicht zu Sparschweinen der Länder oder des Bundes herabwürdigt. Letzteres ist eher das Modell schwarz-gelb, und damit ist nicht der BVB gemeint.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche all denjenigen, die gerade die Sonne in einem Freibad genießen können, alles Gute. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Gut begonnen und schlecht aufgehört!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Frank Steffel hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Frank Steffel (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles, was die Menschen in Deutschland beschäftigt, ist zu Recht ein Thema hier im Deutschen Bundestag, aber nicht alles eignet sich für parteipolitische Profilierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man muss auch nicht alles in den Parteienstreit stellen. Ich habe den Eindruck, dass gerade wir im Sportausschuss uns bemüht haben, das Thema sehr sachlich zu diskutieren. Ich habe Sie, Herr Korte, übrigens vermisst; wir hatten eine Anhörung von einer Stunde zu diesem Thema und haben in der Tat gemeinsam mit den Menschen, die sich zumeist ehrenamtlich mit dem Problem beschäftigen, festgestellt, dass wir einen Rückgang der Schwimmfähigkeit in Deutschland feststellen müssen.

Wir haben auch festgestellt, dass Schwimmen kein normaler Sport ist. Man kann die Frage, ob ein Mensch in jungen Jahren Schwimmen lernt oder nicht, nicht mit der Frage vergleichen, ob er Fußball-, Volleyball- oder Hockeyspielen lernt; denn die Auswirkungen, wenn er das Schwimmen nicht erlernt, sind ungleich schwerwiegender und oft im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich.

Ich will mich jetzt einmal bemühen, diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die davon viel verstehen, weil sie sich täglich damit beschäftigen. Die DLRG hat uns eine Studie zum Stand der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen übergeben. Schauen wir uns ganz kurz die Zahlen an: Es ist in der Tat beängstigend, dass 41 Prozent der Eltern in Deutschland ihre Kinder als unsichere Schwimmer oder Nichtschwimmer einschätzen. Das ist eine Zahl, über die man schon einmal in aller Ernsthaftigkeit nachdenken muss.

Wenn man diese Zahl auf das Alter herunterbricht, dann stellen wir fest, dass sage und schreibe 58 Prozent der Eltern von Sechsjährigen ihre eigenen Kinder als un-

Dr. Frank Steffel

- (A) sichere Schwimmer oder Nichtschwimmer einschätzen. Fast 60 Prozent der Kinder – das ist in der Tat beängstigend und kann uns natürlich nicht kaltlassen; denn wir tragen Verantwortung für diese Kinder, unabhängig vom Elternhaus und unabhängig von den sozialen Umständen, in denen sie groß werden.

Wir können auch feststellen, dass die Zahl der Todesfälle ansteigt. Im Übrigen steigt nicht nur die Zahl der Todesfälle an, sondern insbesondere die Zahl der vermeidbaren Todesfälle; denn es gibt unterschiedliche Todesfälle im Wasser. Jetzt hat die DLRG sehr sachlich herausgearbeitet, was die Ursachen für die Verschlechterung der Schwimmfähigkeit und den Anstieg dieser schlechten Zahlen sind.

Sie hat erstens festgestellt – dies wurde bereits angesprochen –, dass es um die Umwandlung von Ausbildungsbädern in Spaßbäder geht. Das ist natürlich ein wirtschaftliches Thema und damit ein Problem. Es geht um fehlende Ausbildungszeiten und Wasserflächen sowie Bäderschließungen. Ich erspare mir jetzt den parteipolitischen Diskurs. Ich will Ihnen nur sagen, Herr Korte: Der rot-rot-grüne Senat in Berlin hat gerade das größte Bad in meinem Wahlkreis in Reinickendorf geschlossen, weil eine Einmalinvestition von 1,7 Millionen Euro nicht zur Verfügung steht. Private wollten das Bad betreiben. Aber die Wasseraufbereitungsanlagen und einige technische Dinge mussten neu gemacht werden. Gleichzeitig gibt man Geld für Tempo-30-Zonen und Unisextoiletten aus. An dieser Stelle sollte man einmal über die politische Schwerpunktsetzung nachdenken. Ob das eine allen nutzt, weiß ich nicht, das andere wäre sicherlich hilfreich.

- (B) (Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt machst du auch gerade Wahlkampf! Ich habe dich neulich auf einer Unisextoilette gesehen!)

Der zweite Punkt hat etwas mit den Bundesländern zu tun. Hier geht es um die Schulen. Die DLRG stellt einen massiven Stundenausfall im Schulschwimmen fest. Wir stellen fest, dass die Qualität des Schulschwimmens deutlich abnimmt. Das liegt im Wesentlichen daran, dass dort circa 50 Prozent fachfremdes Personal eingesetzt wird. Auch hier könnte ich wieder mit Verweis auf Berlin sagen: Kein Wunder! Wenn man die Lehrer nicht verbeamtet, dann gehen die guten Leute in andere Bundesländer, und man muss auf fachfremdes Personal zurückgreifen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Berlin ist kein Wahlkampf! Erst in fünf Jahren! – Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein verbeamteter Lehrer ist nicht automatisch ein Schwimmlehrer! Das hat mit der Verbeamtung nichts zu tun! Das ist doch absurd!)

Mittlerweile ist ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin nicht für das Lehramt ausgebildet; auch darüber muss man einmal nachdenken. Hier ist der Schwimmsport nur die Spitze des Eisberges.

Im Übrigen ist Schulschwimmen in vielen Bundesländern im Lehrplan zu spät vorgesehen; auch das entspricht der Wahrheit. In Berlin beispielsweise findet das

Schulschwimmen in der dritten Klasse für die Neun- und Zehnjährigen statt. Zu diesem Zeitpunkt ist vielen Kindern bereits etwas widerfahren. Hier müsste der Lehrplan entsprechend verändert werden. (C)

Dritter Punkt. Die DLRG-Analyse zeigt, dass der Anteil der Ausländer, die nicht schwimmen können – insbesondere bei Mädchen –, ein Problem darstellt. Wir können nur dankbar sein, dass das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2016 sehr klar entschieden hat, dass ein muslimisches Mädchen sich nicht vom Schwimmunterricht befreien lassen darf mit der Begründung, sie wolle nicht gemeinsam mit Jungen schwimmen und sei auch nicht bereit, im Burkini am Schwimmen teilzunehmen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass du den Kulturkampf machst, war mir klar!)

Hier hat das Verfassungsgericht für Klarheit gesorgt und deutlich gesagt: Die Teilnahme am Schwimmunterricht ist zumutbar. Kinder in Deutschland haben unabhängig von Religion und Geschlecht am Schwimmunterricht teilzunehmen. – Ich will das hier in der Öffentlichkeit sehr bewusst sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der vierte Punkt – diesen will ich nur anreißen – betrifft eine lange Liste der DLRG, aus der hervorgeht, wen man ansprechen muss, um die Schwimmfähigkeit zu verbessern: Eltern, Familie, Kita, Schule, Kultusministerkonferenz, Sportministerkonferenz, Wasserrettungsorganisationen und Krankenkassen. Das ist ein Potpourri aus Helfern und Betroffenen, die mitwirken müssen, damit es in Deutschland besser wird. Beim Stichwort „Bundestag“ steht schlicht und ergreifend – wir haben das nachgefragt; Kollege Mutlu war zugegen –: Wertekatalog der Gesellschaft ändern. – Das ist die Zuständigkeit des Bundes aus Sicht der Betroffenen. Aber die Verantwortung liegt bei Ländern und Kommunen. Wir sollten anmahnen, dass sie dort auch wahrgenommen wird. Wir diskutieren darüber und verweisen gerne auf den Wertekatalog der Gesellschaft. Aber schuld ist nicht die Bundesregierung, sondern schuld sind – wenn überhaupt – Länder und Kommunen. Alle gemeinsam sollten wir dafür sorgen, dass kein Kind in Deutschland stirbt, weil es nicht schwimmen kann. (D)

(Mahmut Özdemir [Duisburg] [SPD]: Das war der einzig richtige Satz, den er gesagt hat!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb sollten Sie sich nicht hinter Zuständigkeiten verstecken!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. André Hahn hat für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Dr. André Hahn (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steffel, ich war im Sportausschuss zugegen. Wir bei den Linken arbeiten arbeitsteilig.

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Oh nein! Ich dachte, das Zentralkomitee ist für alles zuständig!)

Insofern sind die Vorwürfe gegen den Kollegen Korte daneben.

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, obwohl sich der Sportausschuss heute mit diesem Thema beschäftigt hat. Die Thematik ist wahrlich nicht neu. Ich verweise hier auf die Antwort von Staatssekretär Krings von der CDU/CSU vom 18. März 2015 auf meine schriftlichen Anfragen, in der er mitteilte – ich zitiere –:

Auch die Bundesregierung nimmt die Untersuchungen zur schwindenden Schwimmkompetenz von Kindern mit Besorgnis zur Kenntnis.

Weiter heißt es:

Für die Verbesserung der Schwimmkompetenz von Kindern und die Förderung des Schwimmunterrichts im Allgemeinen gibt es seitens der Bundesregierung keine Zuständigkeit.

2015 war das. Die Besorgnis teile ich, nicht aber den Verweis auf die angebliche Nichtzuständigkeit. Erst recht akzeptiere ich nicht die Untätigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich.

(B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hatte bereits vor über zwei Jahren ein Gespräch zwischen den Akteuren und eine Anhörung im Sportausschuss als Auftakt dazu vorgeschlagen, um die Probleme ergebnisorientiert gemeinsam anzugehen. Diesen Vorschlag lehnte die Koalition nicht nur einmal ab. Erst jetzt, kurz vor Ende der Wahlperiode, gab es heute dazu eine Debatte im Sportausschuss, allerdings wieder hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Wir meinen jedoch: Das Problem und somit der Handlungsbedarf sind so gravierend – das ist im Ausschuss eben nachgewiesen worden –, dass das auch hier im Parlament öffentlich diskutiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland war einmal eine Schwimmnation. Das Land bietet mit seinen Seen und Flüssen, mit der Ost- und der Nordsee, mit seinen Freibädern und Schwimmhallen hervorragende Möglichkeiten, sich im Wasser zu erholen und sportlich zu betätigen. Schwimmen ist ein gesundheitsfördernder Breitensport und macht Spaß. Dazu muss man aber eben schwimmen können. Wenn die Schwimmkompetenz in Deutschland innerhalb von 25 Jahren von über 90 Prozent in der Bevölkerung auf unter 50 Prozent sinkt, dann ist das höchst alarmierend. Ich bin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft sehr dankbar, dass sie darauf immer wieder aufmerksam macht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Wolfgang Gunkel [SPD])

„Deutschland wird zum Nichtschwimmerland“, titelte *Zeit Online* vor wenigen Tagen. Wir haben es schon gehört: Fast 60 Prozent der zehnjährigen Kinder können nicht richtig schwimmen; aber Schwimmenkönnen oder Nichtschwimmenkönnen, das entscheidet im Zweifel über Leben und Tod. Wer schwimmfähig ist, kann Leben retten, sein eigenes, aber auch das anderer. Wir haben die Todeszahlen gehört: 2016 waren es 537 Menschen. Mehr als 1 000 Menschen konnten gerade noch so gerettet werden. Das sind dramatische Entwicklungen, für die es Ursachen gibt, die auch auf der Bundesebene förmlich zum Handeln zwingen.

In den 1960er-Jahren hatte fast jede größere Kommune ein eigenes Schwimmbad, auch durch besondere staatliche Förderprogramme. Zuletzt waren aufgrund unzureichender Finanzausstattungen immer weniger Städte in der Lage, ihre Bäder zu sanieren und zu betreiben. Jedes Jahr werden etwa 100 Bäder in Deutschland geschlossen. Der Sanierungsbedarf bei Schwimmbädern wurde eben im Sportausschuss mit 4,5 Milliarden Euro beziffert. Das können die Kommunen definitiv nicht allein stemmen. Hier muss der Bund deutlich unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das alles hat natürlich auch Folgen für den Schwimmunterricht, der an vielen Schulen gar nicht mehr angeboten werden kann, auch weil die Anfahrtsweg für die Schüler immer länger und kostenintensiver werden. So offenbart das Ganze auch eine soziale Schieflage; denn Einkommensschwächere und deren Kinder sind laut Statistik deutlich weniger schwimmfähig als der Landesdurchschnitt. Viele können sich die Eintrittsgelder für Schwimmhallen oder auch für kommerzielle Schwimmkurse schlichtweg nicht leisten.

Die Linke hat deshalb eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, die von der Koalition bisher leider immer abgelehnt wurden. Dazu gehören neben der Wiederaufnahme des Goldenen Plans für Sportstätten Programme für die Sanierung von Schwimmhallen ebenso wie die Förderung des Schwimmunterrichts an Schulen, die Stärkung des Vereinssports sowie der Abbau von finanziellen und kulturellen Barrieren.

Im Übrigen gibt es auch eine Brücke zum Spitzensport, für den der Bund ja tatsächlich originär zuständig ist. Das Ergebnis im Schwimmen bei Olympia in Rio war katastrophal. Die Deutsche Meisterschaft am letzten Wochenende brachte ernüchternde Resultate. Die deutschen Athleten für die anstehende Weltmeisterschaft passen in einen Kleinbus.

Der Schwimmverband soll 2019 ein Viertel weniger Bundesförderung bekommen. Die auf Medaillen fixierte Reform der Spitzensportförderung wird, wenn es hier keine Korrekturen gibt, Kernsportarten wie das Schwimmen oder die Leichtathletik massiv bedrohen. Gerade beim Schwimmen wird deutlich: Immer weniger Breite schafft immer weniger Spitze. Auch deshalb muss die Schwimmfähigkeit deutlich verbessert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Letzte Bemerkung. Wir haben aktuell hochsommerliches Wetter. Die Urlaubszeit steht bevor, und viele Men-

Dr. André Hahn

- (A) schen, junge wie ältere, zieht es ans Meer, an Seen und in Freibäder. Ich denke, wir alle hoffen, dass es dabei möglichst wenige Unfälle und gar keine Todesfälle gibt. Es ist dringend geboten, sich auch in der nächsten Legislaturperiode mit diesem Thema zu befassen und endlich etwas zu unternehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Ute Vogt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Vogt (SPD):

Ganz herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Als Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft bin ich dankbar dafür, dass dieses Thema heute im Deutschen Bundestag behandelt wird. Denn es ist in der Tat eines, das die Gesellschaft beschäftigt. Wenn wir in die Historie schauen, dann wissen wir, dass Schwimmen eine der Kulturtechniken der Menschheit ist. Schon aus dem vierten bis fünften Jahrtausend vor Christus stammen die ersten Höhlenmalereien, auf denen Schwimmer abgebildet sind. Im alten Ägypten war es Teil der Ausbildung, dass Menschen schwimmen lernten. Es waren damals allerdings vor allem die Kinder der Könige und des Adels. Sie hatten sogar persönliche Schwimmmeister zur Verfügung.

- (B) Heute ist Schwimmen Gott sei Dank ein Breitensport. Aber das Schwimmen – es wurde schon vielfach ausgeführt – und das Schwimmenkönnen, das sichere Schwimmenkönnen ist heute leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Schwimmfähigkeit ist rückläufig, und auch wenn sich diejenigen freuen, die ein „Seepferdchen“ besitzen – es sind auch immer wieder viele Kolleginnen und Kollegen, die gern darüber sprechen –, heißt das noch nicht, dass sie schwimmen können, sondern das heißt nur, dass man sich irgendwie eine Viertelstunde über Wasser halten kann. Aber richtig sicher schwimmen, ist eben etwas anderes.

Der Ausfall der Schwimmstunden ist zu Recht als einer der Hintergründe beleuchtet worden, aber es gibt auch – das hat der Kollege Korte gesagt – den Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und der Frage, ob sie schwimmen können. Da, lieber Kollege Steffel, ist es in der Tat bei Kindern aus ausländischen Familien oft ein größeres Problem, allerdings nicht, weil sich so ganz viele vom Unterricht abmelden. Es sind nämlich nur, glaube ich, etwa 3 Prozent der Betroffenen, die überhaupt versuchen, sich abzumelden. Gott sei Dank geht das ja nicht mehr. Vielmehr sind vor allem die sozialen Hintergründe zu nennen. Es ist halt ein Unterschied, ob eine Familie sonntags sagt: „Ja, wir gehen schwimmen, das ist ein Freizeitding, und wir bringen es euch auch bei“, oder ob das Bewusstsein bei bildungsferneren Familien oft schon gar nicht mehr da ist, dass das eben auch eine gute Freizeitbeschäftigung ist und zur persönlichen Entwicklung von Kindern dazugehört.

- (C) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft – erlauben Sie mir diesen Hinweis – leistet pro Jahr über 9 Millionen Stunden ehrenamtlich, also ohne Bezahlung, Schwimmunterricht am Wasser, an den Binnengewässern, in den Schwimmbädern, aber auch bei der Wasserrettung an der Küste sowie bei der Ausbildung von Wasserretterinnen und Wasserrettern.

Als Dank hat leider der Bundesinnenminister schon im letzten Jahr

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mittel gestrichen!)

für den Rettungssport die Spitzensportförderung gestrichen. Das ist ein sehr schlechtes Signal.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber Ihr Minister!)

– Nicht mein Minister; sorry. Da bitte ich doch um Korrektheit.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Wer sitzt denn in der Regierung? – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Minister der Großen Koalition ist das! – Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Ihr habt dem doch zugestimmt!)

Ich habe nicht vor, den Kollegen de Maizière zu verteidigen.

Wir hatten aber in dieser Legislaturperiode – jetzt sage ich einmal: von meiner Ministerin, von Bundesministerin Barbara Hendricks – aus dem Umwelt- und Bauministerium ein Programm zur Förderung von Sportstätten. Das umfasste über 100 Millionen Euro, und vorher gab es schon 140 Millionen Euro. Ich nenne hier das Stichwort „Zukunftsinvestitionsprogramm“. Daraus gab es auch Gelder für Schwimmbäder. Aber natürlich ist das nur ein sehr, sehr kleiner Betrag, der das Problem nicht lösen hilft.

Fakt ist: Es fehlen uns nicht die Ausbilderinnen und Ausbilder, sondern es fehlen uns tatsächlich die Schwimmbäder. Und dort, wo es welche gibt, haben die ehrenamtlichen Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer – zum Beispiel unserer Organisation – noch teure Hallenmieten zu zahlen.

Es gilt – dazu wollen wir heute beitragen –, das Bewusstsein in den Kommunen, in den Ländern und im Bund dafür zu schärfen, dass Schwimmen eben ein Teil der Ausbildung ist. Ich fände es gut, wenn es in der nächsten Legislaturperiode gelingen würde, einen Goldenen Plan „Schwimmbäder“ aufzulegen. Übrigens wäre das eine gute Anknüpfungsmöglichkeit: Denn einen Goldenen Plan gab es zuletzt unter einem sozialdemokratischen Innenminister, und der hat viel Gutes bewirken können.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Also, mit uns geht das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen den Jahresbericht der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft anempfehlen, den wir Ihren Büros in den nächsten Tagen zukommen lassen werden. Nehmen Sie bitte auch die Gelegenheit wahr, in den Sommerferien die DLRG

Ute Vogt

- (A) bei Ihnen vor Ort zu besuchen, also nicht nur hier zu loben. Gehen Sie hin, schauen Sie sich das an!

Ich darf Sie erinnern – vielleicht kann das den einen oder die andere ermutigen –: Im alten Griechenland gab es eine interessante Devise. Wenn jemand etwas werden wollte, wurde gefragt: Wird man denn jemandem ein hohes Staatsamt anvertrauen, der weder schreiben noch schwimmen kann? – Das heißt: Schon bei den alten Griechen war das richtig gute Schwimmen eine wichtige Voraussetzung für Staatsämter. Alle von Ihnen, die ambitioniert sind, sind also aufgefordert: Gehen Sie zur DLRG! Machen Sie dort durchaus auch das Rettungsschwimmabzeichen! – In diesem Sinne hoffe ich auf einen guten Sommer.

(Beifall bei der SPD – Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: Jetzt weiß ich, wie Schulz ans Amt kam! – Gegenruf der Abg. Bärbel Bas [SPD]: Mit „Seepferdchen“!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Britta Haßelmann hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den Linken, das Thema, über das wir heute in der Aktuellen Stunde reden, ist ein wahnsinnig wichtiges. Das zeigt der Hinweis auf die Sportausschusssitzung und den Bericht zum Thema „Wie ist das eigentlich mit der Schwimmfähigkeit?“. Um das einmal zu übersetzen: Das bedeutet: Wie viele Menschen in Deutschland können nicht schwimmen und ertrinken womöglich, auch weil sie die Gefahren des Wassers – ob geschlossene oder offene Gewässer oder Schwimmbäder – nicht richtig einschätzen können? Natürlich ist jeder und jede Ertrunkene einer und eine zu viel. Es waren 537 Menschen im Jahr 2016, und das sind ganz erschütternde Nachrichten. Damit muss man sich beschäftigen.

Damit muss man sich unter folgendem Aspekt beschäftigen: Was können eigentlich Bund, Länder und Gemeinden für die Schwimmfähigkeit und dagegen tun, dass insbesondere junge Menschen nicht mehr schwimmen lernen und die Gefahren vollkommen falsch einschätzen, dass sie damit überhaupt nicht umgehen können? Was können wir in Bund, Ländern und Kommunen mit den so unterschiedlichen Zuständigkeiten dafür tun? Das kann man mit aller Ernsthaftigkeit diskutieren. Aber mich nervt die platte Art, mit der das hier aufgemacht worden ist; das muss ich in Richtung der Linken ehrlich sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Das hat einfach was damit zu tun, dass wir politisch dazu was zu sagen haben!)

– Das nervt wirklich, Jan Korte; das sage ich ganz ehrlich.

Ich finde, wir sollten darüber sprechen, und da gibt es für mich zwei Möglichkeiten.

(C) Die eine ist: Wir drängen mit Verve darauf, dass der Sportminister – das ist der Innenminister – dieses Thema auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz setzt und fragt: Was können wir eigentlich gemeinsam in dieser föderalen Struktur dagegen tun, dass das so ist?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Beitrag können unsere Bundesländer dazu leisten?

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gemeinsam!)

Da möchte ich die Sportstunden und die Lehrpläne erwähnen; denn darum geht es auch. Was können wir also mit den verteilten Rollen dazu tun? Das hat die DLRG im Sportausschuss auch vorgetragen. Wir können darüber nicht einfach nur mal so in einer Aktuellen Stunde reden. Das Problem ist viel zu dramatisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb müssen wir uns intensiv damit beschäftigen.

Die Menschen interessiert diese föderale Struktur nicht,

(Dr. Frank Steffel [CDU/CSU]: So ist es!)

(D) sondern sie wollen, dass das Problem gelöst wird. Deshalb kann von uns heute ein Signal ausgehen: Innenministerium, Sportminister, kümmert euch darum! Setzt das auf die Tagesordnung! – Das Gleiche gilt für die Kultusministerkonferenz. Darüber könnten wir nämlich an die Lehrpläne heran.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das war der erste Punkt, den ich dazu sagen wollte.

Der zweite Punkt. Mein Gefühl ist, dass wir die notwendige Debatte über das Thema Investitionsfähigkeit und das Thema Investitionsnotwendigkeit – darüber sind wir uns in den vergangenen drei Jahren einig gewesen – nicht intensiv genug geführt haben. Der Investitionsstau – das zeigt uns das KfW-Kommunalpanel – ist enorm. Er beträgt über 130 Milliarden Euro. Wir haben in den letzten dreieinhalb Jahren hier im Bundestag immer gesagt: Lasst uns in aller Ernsthaftigkeit darüber reden: Wie kann der Bund hier mehr Verantwortung übernehmen, obwohl wir das Kooperationsverbot haben?

Deshalb waren wir sehr froh, dass das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz uns wenigstens den Einstieg gegeben hat in der Frage: Können wir Investitionen in Kommunen fördern? Vielen Kommunen geht es nämlich so schlecht, dass sie notwendige Investitionen in die kommunale Daseinsvorsorge nicht mehr leisten können. Das muss auch von uns auf Bundesebene erkannt werden; auch wir müssen Ideen haben, wie wir einen Beitrag dazu leisten können. Aber zu sagen: „Für jedes ge-

Britta Haßelmann

- (A) schlossene Schwimmbad sind wir hier auf Bundesebene zuständig“ –

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das hat doch keiner gesagt!)

so einfach ist die Welt doch nicht, Jan Korte und André Hahn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Die CDU klatscht, Britta! Das sind eure neuen Freunde! – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Euch steht das Wasser wirklich bis zum Hals!)

Deshalb brauchen wir konkrete Anknüpfungspunkte. Ein Beispiel ist das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, bei dem wir gemeinsam feststellen könnten: Da muss mehr Geld rein; die 3,5 Milliarden Euro, die da drin sind, reichen nicht aus.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Es geht hier um Strukturen!)

Oder: Der Katalog der Zwecke für diese kommunalen Investitionsförderungen muss erweitert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, das auf den Schulbereich auszuweiten, weil wir gesehen haben: Da brauchen Kommunen Unterstützung.

- (B) Genauso könnten wir diskutieren, die Gemeinschaftsaufgabe, die 2020 neu aufgelegt werden soll und die jetzt für Agrarstruktur und Küstenschutz gilt, auf die regionale Daseinsvorsorge zu erweitern. Es ist unsere Aufgabe, das hier zu tun. Aber ob ein Bad geöffnet bleibt oder geschlossen wird, ob es einem Privatisierungsdruck unterliegt oder wie viele Bäder eine Stadt hat, sind Fragen, die von ganz vielen verschiedenen Faktoren in der Stadt oder Gemeinde abhängen.

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Liebe Kollegin.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir sollten uns auf die Möglichkeiten konzentrieren, die wir geben können – hier noch mal die Stichworte –: Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Ausweitung auf die regionale Daseinsvorsorge bei der Gemeinschaftsaufgabe. Das wären zwei sehr konkrete Anknüpfungspunkte, zusätzlich zu der Frage: Wie sieht es mit der Schwimmfähigkeit in Deutschland aus? Wenn wir das so machen, würde es auch für diese Frage eine Lösung geben.

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Frau Kollegin.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das fände ich gut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Frau Kollegin Haßelmann. – Als Nächster spricht der Kollege Eckhard Pols für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eckhard Pols (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörer auf den Rängen da oben! Wir sind uns alle einig, dass jedes Kind schwimmen können muss. Deswegen hat uns alle die Forsa-Umfrage erschrocken, die ergeben hat, dass 60 Prozent aller Zehnjährigen nicht sicher schwimmen können und dass nur 40 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen ein Jugendschwimmabzeichen – ob nun Bronze, Silber oder Gold – haben; das muss uns zu denken geben.

Es muss die Frage erlaubt sein, warum so wenige Kinder in Deutschland noch schwimmen können. Zweifels- ohne gibt es verschiedene Gründe, warum heute immer weniger Kinder schwimmen lernen. Das liegt unter anderem am veränderten Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen, die ihre Freizeit vermehrt mit elektronischen Medien verbringen, so wie Sie gerade, Herr Mutlu.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich notiere mir gerade Ihren coolen Spruch!)

Das hat natürlich Auswirkungen auf die motorischen Fähigkeiten und somit auch auf die Fertigkeit des Schwimmens. Vielleicht sind jenseits des Bildschirms Klettern und Spielen, meine Damen und Herren, aus der Mode gekommen.

Hierbei immer gleich nach Maßnahmen des Staates zu rufen,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Ja, genau!)

Herr Korte, ist nicht richtig; denn ich sehe hier in erster Linie eine Pflicht der Eltern, dafür zu sorgen,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Sollen die ein Schwimmbad bauen, oder was?)

dass sich ihre Kinder körperlich betätigen – ob es nun beim Hockey ist, wie der Kollege Steffel gesagt hat, beim Tanzen, beim Fußball oder eben beim Schwimmen bzw. beim Schwimmenlernen.

Ich weiß es selber – Herr Korte, ich habe fünf Kinder –: Es ist zeitraubend, den Kindern das Schwimmen beizubringen, gerade wenn beide Elternteile berufstätig sind, so wie es bei uns der Fall war und immer noch ist. Dennoch haben all unsere Kinder vor dem Besuch der Grundschule schwimmen gelernt. Das ist bei uns in Deutschland alles möglich. Es kann auch keine Entschuldigung dafür geben, Kinder nicht zum Schwimmunterricht zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist auch finanziell machbar; denn bei Sportvereinen und bei der DLRG ist die Schwimmbildung nicht nur exzellent, sondern in der Regel auch bezahlbar.

Mein Appell gerade jetzt zur Sommerzeit, zur Ferienzeit: Liebe Eltern, melden Sie Ihre Kinder beim

(C)

(D)

Eckhard Pols

- (A) Schwimmunterricht an! Gerade in der Urlaubszeit können Sie Ihren Kindern an Ihren Urlaubsorten – hoffentlich in Deutschland und nicht auf Mallorca, Herr Korte – das Schwimmen beibringen.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Kennen Sie die Wartezeiten? Die Wartezeiten bei Schwimmkursen? – Ute Vogt [SPD]: Da gibt es Wartelisten ohne Ende!)

Auch Bezieher von Leistungen nach SGB II können bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes Vereinsbeiträge in Höhe von 10 Euro pro Monat zurückbekommen, wenn sie es beantragen. Das gewährleistet das Bildungs- und Teilhabepaket, das wir vor einiger Zeit verabschiedet haben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt, warum so viele Kinder nicht schwimmen können, muss hier diskutiert werden: die Schließung und die vereinzelt vorkommende Privatisierung von Bädern. Es ist richtig: Für Schwimmkurse sind normale Schwimmbecken nötig. Davon gibt es immer weniger in Deutschland. Die Privatisierung von Schwimmbädern ist in diesem Kontext nicht immer förderlich – eher im Gegenteil, da gebe ich Ihnen recht. Da gehen das Interesse der Kunden und die Funktionalität vor, und es werden vermehrt Spaßbäder eröffnet.

- (B) In den Städten gibt es das Problem übrigens seltener. Es sind vor allem die ländlichen und strukturschwachen Regionen, in denen die Versorgung mit Schwimmbädern eine besondere Herausforderung darstellt. Das ist meines Erachtens auch logisch; denn in der ländlichen Region sind die Wege weiter als in der Stadt. Je weiter Eltern und Kinder von einem Schwimmbad entfernt leben, desto unattraktiver ist ein Besuch. Das führt zu entsprechend defizitären Betriebsergebnissen der Schwimmbäder.

Aus diesem Grund schrecken viele ohnehin klamme Kommunen vor dem Bau von Schwimmbädern zurück, und immer mehr Schwimmbäder werden geschlossen. Heute stand in der Lokalzeitung des Wendlandes – die Kollegin Woltmann hat es in ihrer Zeitung auch gelesen – ein Artikel, dass Schüler für den Erhalt ihres Bades schon demonstrieren. Die Verantwortung dafür tragen aber weder die Kommunen noch die Eltern und schon gar nicht die Kinder. Stattdessen, Herr Korte, liegt sie bei den Ländern. Die Kommunen sind Gliederungen der Länder, und die Länder haben folglich für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen. So sieht es unsere Verfassung vor.

Zudem müssen die Grundschulen – das haben wir heute auch schon gehört – ihren gesetzlich vorgeschriebenen Erziehungsauftrag erfüllen und wieder häufiger Schwimmunterricht erteilen. Auch das liegt in der Zuständigkeit der Länder.

Wir als Bund haben uns nicht aus der Verantwortung gestohlen. Gerade die unionsgeführten Bundesregierungen haben in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Programmen sehr deutlich gezeigt, dass es auch geht. So hat der Bund unter anderem in dieser Legislaturperiode ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro vor allem für Sportstätten und

Schwimmbäder aufgelegt. Dass das klappt, zeigt ein Beispiel meiner Heimatstadt Lüneburg, wo wir gemeinsam mit einem Sportverein ein neues Lehrschwimmbecken errichtet haben; für den Schwimmunterricht, aber auch für Gymnastik. Man kann also vieles miteinander kombinieren. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch das ist möglich. Es gibt auch positive Beispiele.

Ein jüngstes Beispiel dafür, was die unionsgeführte Bundesregierung auch tut, ist die Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds um weitere 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viel zu wenig!)

Ich will zum Schluss noch einmal deutlich machen, dass alle Kinder schwimmen lernen müssen. Da gibt es keine Ausnahme. Aber, wie gesagt, es sind vor allem die Länder, die die Rahmenbedingungen dafür schaffen müssen. Deswegen finde ich, Herr Korte, diese Aktuelle Stunde heute nicht angemessen. Sorgen Sie in Ihren Ländern dafür, dass das Geld, das wir vom Bund zur Verfügung stellen, da ankommt, wofür wir es vorgesehen haben. Die Länder müssen endlich mal ihre klebrigen Finger davon lassen und sollten das Geld nicht für andere Sachen ausgeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Mahmut Özdemir [Duisburg] [SPD]: Werden wir in NRW demnächst auch anwenden!) (D)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Herr Kollege Pols. – Als Nächste spricht die Kollegin Jeannine Pflugradt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Jeannine Pflugradt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Frau Haßelmann, als Erstes möchte ich Ihnen Dank sagen für Ihren Redebeitrag. Ich habe zwischendurch schon gedacht: Ich bin im Kindergarten oder in der falschen Debatte. Zwischendurch war das nicht mehr feierlich. Es ist ein wichtiges Thema, und es ist auch gut, dass wir darüber sprechen – außer Frage.

Schulschwimmen ist leider Luxus geworden. In den Lehrplänen vieler Schulen taucht Schwimmunterricht nur noch sporadisch auf. Gleichzeitig und konsequenterweise können immer weniger Grundschüler schwimmen. Nur jeder zweite Schüler verlässt die Grundschule mit dem Jugendschwimmabzeichen in Bronze. Dieser Befund zeigt, wie wichtig das Schulschwimmen ist oder wäre, wenn es überall stattfinden würde. Die Grundschulen haben den Auftrag, Schülern das Schwimmen beizubringen. Das aber umzusetzen, ist schwieriger geworden, weil viele Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren öffentliche Bäder geschlossen haben.

Laut einer Studie der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen und der Bergischen Universität Wuppertal

Jeannine Pflugradt

- (A) ist mehr als die Hälfte der 5 300 deutschen Hallen- und Freibäder sanierungsbedürftig. Das haben wir heute alles schon gehört. Um sie vor der Schließung zu bewahren, seien Investitionen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro notwendig. Mit dem Programm zur energetischen Gebäudesanierung können Schwimmhallenbetreiber die zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Anlagen zu modernisieren und somit Betriebskosten zu senken. Hier kann der Bund besonders finanzschwache Kommunen dabei unterstützen, die notwendigen Maßnahmen für Sanierungen durchzuführen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also doch!)

Ein Schwimmbad zu bauen, ist relativ schnell und einfach organisiert. Doch die Probleme fangen an, wenn die Fertigstellung erfolgt ist: Wer übernimmt das Risiko der Betreuung? Wer trägt die Betriebskosten? Das lässt viele Kommunen zurückschrecken, und darum gibt es auch viele private Betreiber. Nicht immer werden Schwimmbäder geschlossen, weil sie marode sind, sondern auch, weil nicht genügend Nutzer kommen, weil eine Betreuung nicht kostendeckend erfolgen kann.

Wir können und sollten hier im Haus gern darüber reden. Aber wie es sich mit der Zuständigkeit des Bundes verhält, dürfte allen hier im Haus bekannt sein: Der Bund ist weder für kommunale Sanierungen noch für die Lehrpläne in den Schulen zuständig – leider. Dennoch: Das Problem besteht weiterhin. Schulschwimmen kostet viel Zeit und Geld und genießt in der politischen Willensbildung leider keine hohe Priorität. So kommt es, dass die logistischen Herausforderungen oft kaum zu bewältigen sind. Etliche Schulen liegen gänzlich außerhalb der Reichweite eines Schwimmbades. Bei einer Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln würde, wie in meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern, von einer Doppelstunde nur wenig oder keine reale Unterrichtszeit übrig bleiben.

- (B) Ich nehme einmal ganz konkret meinen Heimatlandkreis, die Mecklenburgische Seenplatte, den größten Landkreis Deutschlands, größer als das Bundesland Saarland. Uns kommt das Wasser der Seen sprichwörtlich aus den Ohren. Aber öffentliche Badestellen, Rettungsschwimmer und Baden unter Aufsicht – das ist eher selten. Die nächste Schwimmhalle liegt 30 Kilometer entfernt und ist somit für den Schwimmunterricht nicht nutzbar. Dies war, soweit ich mich zurückerinnern kann, aber schon immer so. Ich habe das Schwimmen, genauso wie alle anderen Kinder bei uns in der Gegend, im Sommer gelernt, wenn Luft- und Wassertemperaturen es zuließen.

Auch der personelle Aufwand ist höher als bei Unterrichtsstunden im Trockenen. Bei Schulklassen mit der üblichen Klassenstärke müssen in der Regel mindestens zwei Aufsichtspersonen anwesend sein. Zudem steigen – und das völlig zu Recht – die Anforderungen an die Schwimmlehrer. Ein Rettungsschwimmerschein wird heute im Gegensatz zu früheren Zeiten vorausgesetzt, wenn jemand Schulschwimmunterricht erteilen will.

Außerdem: Mögen Baden und Schwimmen in der Freizeit noch Spaß machen, scheiden sich am Schul-

schwimmen doch die Geister. Mancher Nichtschwimmer fühlt sich im Schwimmunterricht überfordert, hat massive Ängste vor den Tauchübungen oder vor Beckensprüngen. Schulschwimmen ist vermutlich genauso beliebt wie Mathe oder Deutsch. (C)

(Eckhard Pols [CDU/CSU]: Das stimmt so nicht! In MeckPom vielleicht!)

– Nein, überall. –

(Eckhard Pols [CDU/CSU]: Nee! Meine Kinder gehen gerne schwimmen!)

Hier müssen Ängste und Hemmungen einfühlsam abgebaut werden.

Viele engagierte Eltern bemühen sich, ihrem Nachwuchs schon vor der Einschulung die Grundzüge des Schwimmens beizubringen. Wenn die Schule kein Schulschwimmen anbietet und es nicht in den Sportunterricht integriert ist, müssen wir als Eltern die Verantwortung dafür übernehmen, dass unsere Kinder die Fertigkeiten, sich im Wasser zu bewegen, erlernen. Meine Eltern haben mir das Schwimmen beigebracht, und ich habe es natürlich auch meinem Sohn beigebracht. Ja, es war eine nervenaufreibende Geschichte, und sicherlich habe ich auch das eine oder andere graue Haar dabei bekommen, aber es hat sich für meinen Sohn gelohnt.

(Zuruf des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte untermauern, dass die Verantwortung der Eltern hier nicht unterschätzt werden darf. Wir Eltern bringen unseren Kindern selbstverständlich das Laufen, das Radfahren, das Daddeln mit dem Handy bei. Genau so selbstverständlich muss es doch auch sein, dass wir unseren Kindern das Schwimmen beibringen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jan Korte [DIE LINKE]: Dafür braucht man ein Schwimmbad!)

– Nein, dazu reicht auch ein See. – Wer als Kind schon mit dem „Seepferdchen“ zur Schule kommt, der hat wahrscheinlich ein viel größeres Selbstbewusstsein, hat weniger Berührungsängste gegenüber dem nassen Medium als Gleichaltrige, die vielleicht noch keine solchen Erfahrungen gemacht haben.

Ich möchte an dieser Stelle die Möglichkeit nutzen, mich bei der DLRG und der Wasserwacht des DRK in meinem Heimatland zu bedanken, die im Sommer und in den Ferienzeiten die Rettungskurse und die Schwimmkurse übernehmen. Vielen Dank für eure Arbeit!

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster spricht Josef Rief für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Josef Rief (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Worte zu meinen Vorrednerinnen. Frau Pflugradt, ich habe ebenfalls das Schwimmen in einem kleinen Tümpel und in einem kleinen Bach erlernen dürfen, ohne irgendwelche Hilfe, und ich bin bisher noch nicht ertrunken, obwohl ich schon sehr viel geschwommen bin. Ich glaube, das sollte man nicht abtun. Es ist immer noch die beste Lösung, wenn man sich selber hilft. Das ist vernünftig.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind wir beim *Supertalent*?)

Frau Haßelmann, was mir nicht gefallen hat: dass Sie hier letzten Endes die eine finanzielle Geschichte gegen die andere finanzielle Geschichte ausspielen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sie nicht gemacht!)

Ich glaube, wir machen eine gute Finanzpolitik im Bund, und ich halte es nicht für sinnvoll, dass wir hier Mittel für den ländlichen Raum abzweigen, sie irgendwelchen Leuten wegnehmen, um irgendwelche anderen Dinge zu machen. Ich glaube, der Königsweg ist, dass wir die Einnahmen erhöhen. Das schaffen wir am besten mit Wachstum. Wir werden also in Zukunft Wachstum brauchen, um auch diese Probleme zu lösen.

(B) **Meine Damen und Herren, es besteht Einigkeit in diesem Haus: Möglichst alle Menschen in unserem Land, vom Bodensee bis zur Ostsee, sollten sicher schwimmen können. Je früher das Schwimmen erlernt wird, desto besser. Ausreichend schwimmen zu können, heißt, im Ernstfall Leben retten zu können.**

Wir kommen hier nicht mit Trockenübungen im Bundestag weiter. Es werden schon die entsprechenden Einrichtungen und Gewässer benötigt, um sich diese Fertigkeit anzueignen. Wir haben, was das anbelangt, eine gute Tradition in der Schwimmausbildung, aber dass das kein Selbstläufer ist, das sehen wir heutzutage.

Als Haushaltspolitiker freue ich mich, dass die unionsgeführte Koalition aus dem Programm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen allein in den letzten beiden Jahren – obwohl wir streng genommen nicht zuständig sind – Mittel in Höhe von 47 Millionen Euro für die Sanierung bzw. den Ersatzneubau von Badeanstalten bzw. Hallenbädern zur Verfügung gestellt hat. Das ist selbstverständlich keine hohe Summe, aber bei Kommunen, die in einer Notlage waren, betrug die Fördersumme bis zu 90 Prozent. Das macht deutlich, dass der Bau von Schwimmbädern und die Sanierung von Schwimmrichtungen auf Bundesebene einen hohen Stellenwert genießen. Wir von der CDU/CSU werden uns auch in Zukunft dafür starkmachen, dass diese Programme weitergeführt werden können;

(Beifall bei der CDU/CSU)

denn Kinder können am wenigsten dafür, wenn Kommunen eine schlechte Haushaltspolitik betreiben. Ich verneine es mir, hier parteipolitisch zu werden. (C)

(Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein Hinweis sei mir gestattet: Länder und Kommunen – das haben auch schon einige Vorredner gesagt – werden bis 2020 in der aktuellen Finanzplanung des Bundes um 20 Milliarden Euro entlastet. Ich denke, es wäre eine gute Idee, Teile dieser Entlastung in den Bau von Schwimmbädern zu investieren oder die Sanierung voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass der Anteil der Nichtschwimmer in unserem Land zunimmt, gibt tatsächlich Anlass zur Besorgnis. Als Familienpolitiker betrübt mich die hohe Zahl der Kinder, die nicht sicher schwimmen können, darunter auch Kinder, die in Deutschland geboren sind, und auch die Todesfälle, die durch bessere Schwimmfähigkeit hätten verhindert werden können, rütteln auf. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Schwimmbadschließungen haben sicher ihren Anteil daran, sie sind aber keineswegs alleinige Ursache, wie uns die Fraktion Die Linke offenbar mit dem Titel der heutigen Aktuelle Stunde glauben machen will. Mehr Schwimmbäder führen nicht automatisch zu mehr Schwimmkompetenz.

Kinder verlieren offenbar die Lust am Besuch von normalen Sportbädern, wo Bahnen geschwommen werden, und besuchen lieber Spaßbäder, in denen man zwar ins Wasser geht, aber oftmals nicht schwimmt. Hier sollten wir neue Begeisterung und Leistungsbereitschaft ebenso wie das Bewusstsein wecken, dass Technik und Kondition für den Schwimmerfolg essenziell sind. Dass dies möglich ist, zeigt zum Beispiel das Meerjungfrauen-schwimmen, das seit einiger Zeit – das ist vielerorts zu beobachten – bei vielen Mädchen sehr beliebt ist. (D)

Auch darf der Schwimmunterricht an Schulen nicht ausfallen. Hier sind aber die Länder und Kommunen gefragt. Im Sommer könnte auch im Freien unterrichtet werden. Aufgrund der verbesserten Gewässerqualität – hier ist in den letzten Jahren viel erreicht worden – sollten mehr Seen und Flüsse zum Schwimmen freigegeben werden.

Mein dringender Appell richtet sich an alle Eltern: Achten Sie bitte darauf, dass Ihre Kinder unter fachkundiger Anleitung schwimmen lernen. Ebenso sollten sich alle Erwachsenen fragen, ob ihre Fähigkeiten für den Fall des Falles ausreichen.

Abschließend sage ich ausdrücklich allen Vereinen und Ehrenamtlichen, die sich im Schwimmunterricht und in der Ausbildung der Rettungsschwimmer und -schwimmerinnen wie auch der Schwimmlehrer und -lehrerinnen engagieren – stellvertretend für viele weitere nenne ich den Deutschen Schwimm-Verband, die Wasserwacht des

Josef Rief

- (A) Roten Kreuzes und die DLRG –, für ihren unschätzbaren Einsatz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Mahmut Özdemir [Duisburg] [SPD]: Bei den Städten und Gemeinden haben Sie sich nicht bedankt!)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Herr Kollege Rief. – Als letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde spricht jetzt Erich Irlstorfer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erich Irlstorfer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen, in denen die Außentemperaturen mehr als 30 Grad erreichen, treibt es Jung und Alt zur Abkühlung ins kühle Nass. Ob das ein Voralpensee ist, die Nord- oder Ostsee,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bodensee!)

ein Baggersee, ein Flussarm oder ein kommunal oder privat geführtes Schwimmbad, das ist, glaube ich, egal. An dieser Aufzählung wird deutlich, dass wir in Deutschland eine erfreulich große Vielfalt an Schwimmstätten haben.

Ich finde es interessant, dass ein gewisser Handlungsbedarf von allen Fraktionen nicht bestritten wird. Es freut mich, dass in dieser Diskussion auch der Spitzensport genannt wurde. Man sieht, dass sich der Spitzensport durchaus befruchtend auf den Breitensport auswirkt. Die Bedeutung von Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen sollten wir nicht unterschätzen.

- (B)

Problematisch ist, dass prozentual gesehen immer weniger Menschen schwimmen können. Erlauben Sie mir dazu eine Bemerkung – das ist in einigen Reden schon angeklungen –: Ich glaube, wir können noch so viel in die Bildung, in Schulen, Kindergärten usw. investieren; wir dürfen dabei aber nicht das Elternhaus vergessen, das die Hauptverantwortung trägt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man versucht, private Schwimmbäder dafür verantwortlich zu machen, dass weniger Kinder schwimmen können, dann springt man zu kurz, Herr Korte. Da hier versucht wurde, private Schwimmbäder zu verteufeln, möchte ich von meinen Erfahrungen aus meiner Zeit als Kommunalpolitiker berichten. Ich bin der Meinung, dass private Schwimmbäder unser Angebot an Schwimmstätten bereichern. Außerdem stellt sich oft gar nicht die Frage: privat oder kommunal? Die Frage lautet häufig: privat oder gar nicht, privat oder Schließung? Von daher bin ich froh, dass wir eine gesunde Mischung an Schwimmstätten haben.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass sich das Verhalten der Nutzer geändert hat. Thermen, die der Erholung und dem Relaxen dienen, und auch Spaßbäder haben an Bedeutung gewonnen. Die tristen, öden Schwimmbahnen werden zwar benötigt, gerade auch mit Blick auf das Thema Wasserrettung und dergleichen; sie stellen aber

- (C) keinen großen Anreiz dar, um ins Schwimmbad zu gehen und das Schwimmen zu erlernen. Insofern kann ein Überangebot auch kontraproduktiv sein.

Ich möchte unterstreichen, dass es meiner Ansicht nach nicht Hauptaufgabe des Deutschen Bundestages ist, in Aufgaben der Kommunen und der Länder einzugreifen. Das heißt nicht, dass man darüber in der nächsten Legislaturperiode nicht noch einmal diskutieren könnte, vielleicht auch sollte. Ich bin mir sicher, dass die Kollegen im Sportausschuss dieses Thema gerne aufnehmen und offen dafür sind. Mit Schuldzuweisungen würde ich aber vorsichtig sein.

Zum Abschluss möchte ich anmerken, dass man den Kindern keinen Vorwurf machen kann. Ich glaube, dass auch viele Erwachsene nicht schwimmen können. Man muss sagen: Das Schwimmen zu erlernen, ist keine Frage des Alters. Es gibt spezielle Kurse für Erwachsene. – Dass sich in diesem Bereich viele Ehrenamtliche einbringen und viel für das Schwimmen getan wird, ist gut. Ich bin froh, dass wir diese Organisationen haben. Wir sollten aber überlegen – in den Ländern –, ob wir das Erlernen des Schwimmens in Kindergärten und Grundschulen nicht wieder festigen und unterstützen sollten, und zwar nicht nur mit schönen Worten, sondern auch mit finanziellen Mitteln. In Bayern tun wir das. Dass aus dem bayerischen Haushalt jeder dritte Euro in die Bildung fließt, ist vorbildlich. Herr Korte, ich hoffe, dass das in den Bundesländern, in denen die Linke Verantwortung trägt, auch so ist.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (D)

Vizepräsidentin Michaela Noll:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 sowie den Zusatzpunkt 3 auf:

4. Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Incirlik

Drucksachen 18/12372, 18/12817

- ZP 3 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Verlegung des Bundeswehrkontingents von Incirlik nach Al Azraq zügig durchführen

Drucksache 18/12779

Über die Beschlussempfehlung und den Antrag werden wir später namentlich abstimmen. Wir werden also zwei namentliche Abstimmungen durchführen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.